

Resolution zur Energie- und Klimapolitik der Stadt Weingarten

In Anbetracht des Klimawandels und der Endlichkeit fossiler Rohstoffe sowie unter Berücksichtigung der atomaren Gefahren der Nutzung der Kernenergie setzt sich die Stadt Weingarten ein anspruchsvolles, aber durchaus erreichbares Ziel:

"Regeneratives Weingarten bis zum Jahr 2020"

Mit diesem zukunftsweisenden Ziel schließt sich die Stadt Weingarten der Vision der „Initiative Grüner Weg“ an, nämlich ein Schussental ohne klimaschädigende Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahr 2020 zu verwirklichen. Die beiden Initiatoren der „Initiative Grüner Weg“, die Technischen Werke Schussental GmbH & Co. KG (TWS) und die Schellinger KG sind in besonderer Weise mit der Stadt Weingarten verbunden. Einerseits ist die Stadt Weingarten Gesellschafter der Technischen Werke Schussental (TWS) und andererseits ist Weingarten Standort des bereits im 13. Jh. erwähnten Familienunternehmens Schellinger KG.

Regeneratives Weingarten bedeutet, dass alle zweckmäßigen Möglichkeiten genutzt werden, die in der Stadt benötigte Energie aus erneuerbaren Energieträgern zu gewinnen. Hierfür können vor allem die Nutzung des Sonnenlichts durch Fotovoltaik und Solarthermie, die Nutzung von Erdwärme genauso wie die Nutzung der Wärme des Abwassers oder der Luft mittels Wärmepumpen, aber auch Biomasse sowie die sicherlich nur in geringem Maß auf der eigenen Gemarkung nutzbare Wasserkraft oder Windenergie vorgesehen werden.

Aufgrund der besonders kleinen Gemarkung der Stadt Weingarten können zur Erreichung des anspruchsvollen Zieles **Regeneratives Weingarten** durchaus auch Standorte für die Energiegewinnung außerhalb der Gemarkung herangezogen werden. Die Hauptrolle wird hierbei sicherlich die Windenergie spielen, mit deren Potenzial große Mengen erneuerbarem Strom onshore oder offshore erzeugt werden kann.

Aber **Regeneratives Weingarten** bedeutet nicht nur, erneuerbare Energieträger möglichst dezentral und somit klimaverträglich zu erzeugen, sondern auch in großem Umfang Energie bzw. allgemein Ressourcen einzusparen oder wesentlich effizienter zu nutzen. Hierzu zählt in erster Linie die Reduzierung des Energie- und vor allem des Heizenergiebedarfs - sei es etwa durch Gebäudedämmung oder durch die Erneuerung von ineffizienten Heizungsanlagen.

Eine besondere Bedeutung bei der effizienteren Nutzung von Energie bzw. Ressourcen kommt der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) zu, die gerade auch in Weingarten ein großes, bislang bei weitem nicht ausgeschöpftes Potenzial aufweist. Mit einer stärkeren Verbreitung der KWK vor allem mit kleineren Anlagen zur Wärme- und Stromversorgung von Gebäuden oder Gewerbebetrieben soll der Aufbau eines „virtuellen Kraftwerks“ innerhalb des lokalen Stromnetzes der TWS als kommunaler Energieversorger und Netzbetreiber verwirklicht werden. Hiermit kann unter anderem eine besonders intelligente und wirtschaftliche Bereitstellung von Spitzenlaststrom realisiert werden.

Es wird ausdrücklich festgestellt, dass bereits zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sowie Firmen, Organisationen und Initiativen regenerative Energieträger nutzen und somit bereits ein wichtiges Fundament für ein **Regeneratives Weingarten** geschaffen haben. Aber auch die Stadtverwaltung hat zum Beispiel mit ihren Energieberichten als wichtige Grundlage und Datenbasis sowie mit den hierbei bereits umgesetzten Maßnahmen sowie mit der nunmehr umfassenden Nutzung geeigneter städtischer Dächer für Fotovoltaik-Anlagen bereits wesentliche Grundsteine für die Erreichung des Zieles **Regeneratives Weingarten** gelegt.

Darüber hinaus wird auf die Teilnahme der Stadt Weingarten am European Energy Award® hingewiesen. Mit dem European Energy Award® als Steuerungs- und Controlling-Instrument für die kommunale Energie-Politik werden bereits alle energierelevanten, kommunalen Aktivitäten erfasst und überprüft. Grundsätzlich kommt der systematischen Erfassung und Visualisierung, dem sogenannten „Monitoring“, der relevanten Daten und Informationen eine zentrale Rolle für Energieeinsparungen und Effizienzgewinne zu.

Als Zeichen, dass Klimaschutz nur gemeinsam im nationalen und internationalen Kontext erreichbar ist, soll die Stadt Weingarten Mitglied im Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e.V. werden. Derzeit sind mehr als 1.600 Städte, Gemeinden und Landkreise in 17 europäischen Ländern dem Klima-Bündnis beigetreten. Ihre Mitglieder verpflichten sich unter anderem ihre CO₂-Emissionen bis 2030 zu halbieren sowie die tropischen Regenwälder durch Verzicht auf Tropenholznutzung zu schützen.

Zudem soll Herr Oberbürgermeister Markus Ewald als oberste Repräsentant der Stadt den Konvent der Bürgermeister/innen zum Klimaschutz, den sogenannten „Covenant of Mayors“ unterzeichnen. Die Stadt Weingarten wäre dann eine von rund 50 deutschen und mehr als 2000 europäischen Städten, die am „Covenant of Mayors“ teilnehmen. Der „Covenant of Mayors“ ist ein EU-Projekt, bei dem sich die beteiligten Städte verpflichten, bei der Reduzierung der CO₂-Emissionen durch eine Steigerung der Energieeffizienz und eine umweltfreundlichere Gewinnung und Nutzung von Energie über die energiepolitischen Ziele der EU hinauszugehen, was mit einem **Regenerativen Weingarten** erreicht wird.

Zur Finanzierung der Maßnahmen zur Erreichung des Zieles **Regeneratives Weingarten** wird unter anderem auf das Energieeinspar-Contracting als Finanzierungsinstrument verwiesen, mit dem schnell vor allem auch größere Energiesparmaßnahmen umgesetzt werden können. Das Prinzip des Energieeinspar-Contractings besteht darin, dass ein Contractor die Energiesparmaßnahmen plant, finanziert, umsetzt und während der Betriebsphase optimiert und dafür zumindest teilweise die eingesparten Energiekosten über einen vereinbarten Zeitraum zur Refinanzierung erhält. Vor allem auch die Stadtverwaltung kann mit Hilfe des Energieeinspar-Contractings Maßnahmen realisieren, die mit den regulär verfügbaren finanziellen Mitteln nicht realisiert werden könnten. Die größten Maßnahmen der Stadtverwaltung im Rahmen des Contracting sind voraussichtlich die Bereitstellung von (KWK-) Wärmeenergie für die städtischen Liegenschaften.

Als weiteres Finanzierungsinstrument für energiesparende Maßnahmen soll das Intracting eingeführt werden. Hierbei wird im städtischen Haushalt ein Finanztopf gebildet, aus dem ausschließlich Energiemaßnahmen finanziert werden. Die durch die Maßnahmen eingesparten Energiekosten fließen in der Folgezeit jährlich in den Intracting-Topf zurück, bis die Investition wieder vollständig zurückgezahlt ist. So können mit einer einmaligen Anschubfinanzierung immer wieder Maßnahmen aus dem Intracting-Topf finanziert werden. Für das Intracting sollen zudem auch externe Fördermöglichkeiten erschlossen werden. Hierbei soll vor allem auf die TWS als kommunaler Energieversorger sowie weitere Unternehmen mit Bezug zur Stadt Weingarten zugegangen werden.

Es werden ausdrücklich alle Bürgerinnen und Bürger sowie Firmen, Organisationen und Vereine aufgefordert, das Ziel **Regeneratives Weingarten** tatkräftig mit eigenen, konkreteren Maßnahmen und Vorschlägen zu unterstützen. Eine besondere Gelegenheit der Beteiligung und Einbringung von Vorschlägen bietet hierfür das „Stadtentwicklungsprogramm Weingarten“.

Weingarten im Frühling 2011

Resolution des Gemeinderates Weingarten gegen Fracking

Der Gemeinderat der Stadt Weingarten spricht sich mit allem Nachdruck gegen die bereits genehmigten Aufsuchungen und gegen mögliche zukünftige Probebohrungen, Erschließungen und Förderungen unkonventioneller Gasvorkommen („Fracking“) aus. Gemeinsam mit vielen Fachleuten hat die Stadt Weingarten grundsätzliche Bedenken gegen diese überaus risikoreiche Art der Gasgewinnung und möchte sie insbesondere für ihr eigenes Stadtgebiet sowie für die gesamte Region Bodensee-Oberschwaben grundsätzlich ausschließen.

Bei den Fracking-Verfahren wird dichtes Speichergestein mit hohem hydraulischem Druck von Wasser unter Zusatz von Sand und zahlreichen chemischen Verbindungen, die zum Teil hochgiftig sind, aufgebrochen (englisch: „fracking“). Die dadurch entstehende bessere Wegsamkeit im Gestein macht die Förderung von Gas oder Öl möglich. Weil das Fracking nur eine begrenzte Fernwirkung hat, sind bei der Förderung zahlreiche Bohrungen notwendig (je nach Gesteinsart ca. 4 – 8 Bohrungen pro Quadratkilometer). Ein großer Teil des giftigen Frackwassers kommt mit dem Gas oder Öl wieder an die Oberfläche und muss als gefährlicher Sonderabfall entsorgt werden.

Der Gemeinderat der Stadt Weingarten befürchtet gemeinsam mit vielen Fachleuten schwerwiegende Beeinträchtigungen des Grund- und Trinkwassers insbesondere durch die giftigen chemischen Zusatzstoffe (Additive), von denen einige im dringenden Verdacht stehen, kanzerogen zu wirken. Im Einzugsgebiet des Bodensees und des Oberlaufs der Donau und in einer vielfältig landwirtschaftlich genutzten Region müssen diese Gefährdungen als besonders schwerwiegend angesehen werden.

Eine eindeutige Mehrheit aller bisher vorliegenden Studien und Untersuchungen kommt zu dem Ergebnis, dass Fracking ein sehr hohes Risiko darstellt: Unfälle an Bohrplätzen und beim Transport der Stoffe, undichte oder undicht werdende Bohrungen sowie durch die Klüfte des Gesteins aufsteigende Giftstoffe gefährden das Grund- und Trinkwasser. Die anfallende Frackflüssigkeit bildet bei der Entsorgung und Lagerung eine weitere Gefahr für Boden und Wasser. Durch die Vervielfachung der Bohrungen vervielfacht sich auch die Wahrscheinlichkeit von Zwischenfällen. Statistische Daten des US Geological Survey stellen darüber hinaus auch einen Zusammenhang von Fracking mit einer abrupten Zunahme in den inneren USA von Erdstößen der Stärke 3 und mehr seit 2009 her.

Eine ganze Reihe von Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg, insbesondere auch aus dem Schussental, hat sich bereits gegen Fracking ausgesprochen. Gemeinsam mit ihnen fordert die Stadt Weingarten, den Bund auf, das total veraltete Bergrecht umgehend zu ändern und auch das Wasserrecht der neuen Gefahrenlage anzupassen. Den betroffenen Bürgern, Gemeinden und Landkreisen sind umfassende Informations- und Beteiligungsrechte einzuräumen. Das Fracking-Verfahren selbst ist bundesweit und ausnahmslos zu verbieten.

Die Gemeinden Ravensburg, Aulendorf, Baintd, Schlier, Berg, Waldburg, Konstanz und Pfullendorf, die Bodensee-Wasserversorgung, der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, der Deutsche Bauernverband, die Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB), das Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen und die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in der EKD (AGU) haben sich bereits in Resolutionen gegen die Aufsuchung und Erschließung unkonventioneller Gasvorkommen ausgesprochen. Ebenso wie sie fordert auch die Stadt Weingarten die Landesregierung Baden-Württemberg auf

- das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) im Regierungspräsidium Freiburg unverzüglich anzuweisen, Entscheidungen im umstrittenen Fracking-Verfahren bis auf weiteres mit Verweis auf das überwiegende öffentliche Interesse auszusetzen, - und zwar sowohl in Bezug auf die Erteilung von Aufsuchungserlaubnissen als auch auf die Genehmigung von Betriebsplänen für Probebohrungen und Förderungen und
- sich bei der Bundesregierung und im Bundesrat für eine umgehende Änderung des veralteten Bergrechts und seine Anpassung an modernes europäisches und nationales Umweltrecht einzusetzen und eine umfassende Beteiligung aller betroffenen Bürger, Gemeinden, Behörden und Verbände einzufordern.